

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Demokratie ist nur möglich, wenn Glaubwürdigkeit vorhanden ist

Affäre «Staatsgerichtshof»: Charakter zeigt sich in der Krise – Rückblick auf unvorhergesehenen Wahlkampf – Zögernder Blick nach vorne

(G.M.) – Ein Teil der Wählerinnen und Wähler hat schon gestern abend die Entscheidung getroffen, ein weiterer Teil wird die Wahlpflicht morgen vormittag erfüllen, ein Rest schliesslich wird – aus den verschiedensten Gründen – der Urne fernbleiben. Wer diesmal wählte, der suchte sich nicht nur Personen aus oder liess sich von einem Programm beeindrucken, sondern er traf seine Entscheidung vor dem Hintergrund der Affäre «Staatsgerichtshof» und damit unter dem Blickwinkel des Rechtsstaates. Die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten ist somit verknüpft mit der Frage, ob der Rückgewinn der Glaubwürdigkeit in den Rechtsstaat und die Institutionen des Rechtsstaates mehr oder minder grosse Bedeutung zugemessen wird.

Im Wahlkampf, der aufgrund der überraschenden Neuwahl wohlthuend kurz und – von Ausnahmen abgesehen – auch weniger heftig als auch schon war, tauchte oft der Begriff der Stabilität auf, mit dem sich vor allem die bisherige Mehrheitspartei schmückte, um ihre Leistungen in der Vergangenheit – die Zusammenarbeit in der Koalitionsregierung meist völlig ignorierend – in ein gutes Licht zu rücken. Dabei ist Stabilität oder Beharren noch kein Wert an sich, und vor allem ist Stabilität nur wünschenswert für das Gute, für das Gerechte, für das Positive – aber nicht – wie die Affäre «Staatsgerichtshof» verdeutlichte – für das Gegenteil. Die Stabilität eines demokratischen Regierens – oder Staatssystems beruht in entscheidendem Masse auf einem ausgeglichenen Pluralismus der gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte, nicht auf dem Machtanspruch einer einzigen Gruppierung. Die Ausgrenzung, wie sie die VU mit ihrem Wahlmotto «Mit uns in die Zukunft» oder «Mit uns für Liechtenstein» betrieb, bewirkt eine Polarisierung und führt zur Frage: Was ist mit den anderen, die nicht diese Position vertreten oder nicht vertreten können?

Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel
Die Affäre «Staatsgerichtshof» als Auslöser der vorgezogenen Wahlen hat uns allen vor Augen geführt, wie wenig

tragfähig schöne Worte sind, wenn sie nur den Zweck verfolgen, mit schönfärbischen Redensarten oder mit blossen Schlagworten, aber mit gewiegener Taktik die Bürgerinnen und Bürger einzuwickeln. Die Affäre «Staatsgerichtshof» habe längst ein Gericht entschieden, versuchte die VU-Führung allen Zweifeln an der Lauterkeit der Mehrheitspartei weiszumachen; die Einsetzung einer Untersuchungskommission des Landtags sei verfassungswidrig, behauptete ein einsamer Jurist bis zum Ende, tatkräftig unterstützt von einer finanzkräftigen Propagandamaschinerie; auch das Fürstentum stütze ihre Auffassung, gaben die Taktiker noch und noch zu verstehen. Dass jedoch die Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates mit der Affäre «Staatsgerichtshof» und vor allem mit dem Lösungsweg der VU, nämlich dem Aussitzen des Problems «Seeger» bis zum Ende seiner Amtszeit, auf dem Spiel stand und immer noch steht, dazu mochten die VU-Oberen keine Stellung beziehen.

Ist dies Politik? Ist dies noch Demokratie? So fragten sich viele Bürgerinnen und Bürger, die verunsichert waren ob der Frage, warum denn die Wahrheit im Fall

«Staatsgerichtshof» nicht durch eine parlamentarische Untersuchungskommission an den Tag kommen dürfe. Demokratie, so viel scheint angesichts anderer Skandale in anderen Ländern sicher, ist nur möglich, wenn das Volk seinen Repräsentanten im Parlament und in der Regierung glauben und vertrauen kann. Wenn das Vertrauen in den Rechtsstaat unter den Vorgängen im und um den Staatsgerichtshof leidet, dann wird auch die Glaubwürdigkeit der staatlichen Organe (und vor allem der dahinter stehenden Personen) erschüttert. Der Stil der Politiker entscheidet massgebend über deren Vertrauenswürdigkeit – und letztlich über die Zukunft der Demokratie. Und in dieser Hinsicht war der Wahlkampf 1989 sehr aufschlussreich.

Blick nach vorne – zögernd

Im demokratischen Staat gibt es Gegensätze, gibt es Auseinandersetzungen um Ideen und Vorstellungen. Deshalb kann nicht eine stetige Harmonie das Geschehen prägen, sondern muss es zu Auseinandersetzungen kommen. Und gerade wenn Skandale oder Affären die Szenerie beherrschen oder prägen, dann muss die

Auseinandersetzung vorhanden sein, denn sonst kommen sie nicht an das Tageslicht, werden vertuscht oder ignoriert. «Charakter zeigt sich in der Krise», hatte der frühere bundesdeutsche Kanzler Helmut Schmidt nach der Affäre «Barschel» gemeint und hinzugefügt: «Lasst uns also bei jedem Streit sorgfältig unterscheiden zwischen taktischer Schläue und politischem Führungsangebot, zwischen blosser Demagogie und persönlicher Glaubwürdigkeit.»

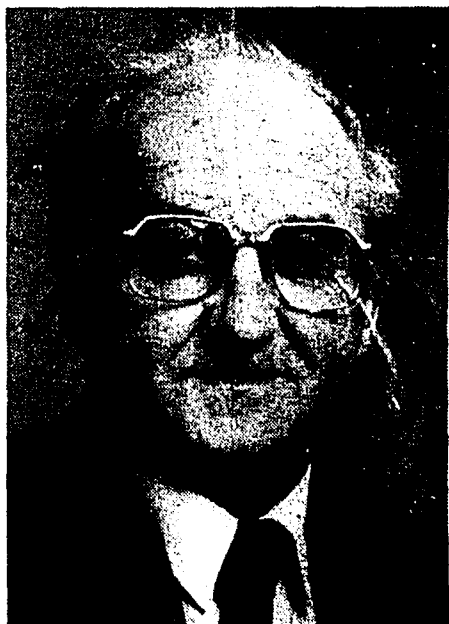
Auch in dieser Hinsicht haben sich dem interessierten Bürger einige interessante Aspekte in den vergangenen sechs Wahlkampfwochen aufgetan.

Alle vier politischen Gruppierungen sind mit bestimmten Vorstellungen in diese Wahl gegangen, teils konkret formuliert, teils als Schwerpunkte, teils als Ansammlung von Versprechungen. Diese Wahl stellt eine Besonderheit dar, einmal weil sie vorgezogen ist, zum anderen aber weil von ihr die Ausrichtung in die Zukunft bestimmt wird. Sicher ist, dass es so nicht weitergehen darf. Die Bürgerinnen und Bürger haben eine schwierige Wahl zu treffen, eine schwere Aufgabe zu erfüllen.

Gruss zum Krankensonntag

In unserem Lande soll niemand allein sein

Morgen begehen wir wieder den Tag der Kranken. An diesem Tag wollen wir wieder besonders der Geschwächten, Benachteiligten, Einsamen und Älteren in unserer Gesellschaft gedenken. Vor zwei Jahren schrieb ich an dieser Stelle: «Für mich ist der Beginn am 1. März eine nicht vorausgeahnte, aber gute Fügung, feiern wir doch morgen den Krankensonntag. Ich fühle mich immer den sozial Schwächeren und den vom Leben Benachteiligten besonders verbunden. Es ist mir wie ein Zeichen und eine Verpflichtung für meine kommende Arbeit. Ich grüsse daher zuerst alle Kranken, Schwächeren, geistig und körperlich Behinderten, die Älteren usw. recht herzlich». Aus meinen Wünschen vor einem Jahr: «Zum morgigen «Tag der Kranken» fühlen wir uns mit allen Leidenden, Bedrängten, Schwächeren und Einsamen in unserem Lande besonders verbunden. Wir wollen uns morgen und in Zukunft wieder stärker bewusst werden, dass es auch in unserem Lande nicht nur Gesunde und täglich voll im Berufsleben aufgehende Menschen gibt, sondern in nächster Nähe jemand krank, behindert, geschwächt oder einsam ist oder auch sonstwie nicht voll tätig sein kann.



FBP-Präsident Emanuel Vogt zum Krankensonntag: «Ich möchte alle in unserem Lande aufrufen, unser gegenseitiges Verständnis nicht nur auf den morgigen Tag zu beschränken, sondern wir uns das ganze Jahr über bemühen, mehr für unsere bedrängten Mitmenschen zu tun.»

Wir haben uns im letzten Jahr in verschiedenen Tagungen um die Sorgen und Nöte unserer Bedrängten und Schwächeren bemüht. Wir freuen uns, dass die Notrufanlage im Land nächstens Wirklichkeit wird. Wir freuen uns ebenso, dass vor allem die spitale externe Pflege und Betreuung immer besser und mehr gefordert wird. Damit können immer mehr unserer Mitmenschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung verbringen. Wir hoffen

auch, dass unsere diesbezüglichen 35 Postulate und Anregungen von den angesprochenen Organisationen und Personen immer mehr verwirklicht werden. Es ist ja gerade in unserer Zeit des Wohlstandes unsere Pflicht und eine besondere Aufgabe dafür zu sorgen, dass in unserem Land niemand allein oder einsam sein muss und damit auch die seelische Not vermindert werden kann.»

In der Zwischenzeit wurde für eine bessere Betreuung verschiedenes ange-regt und verwirklicht. Die Notrufanla-

ge ist in Betrieb und hat bereits schon entscheidende Hilfe bringen können. Unsere Familienhilfen erweiterten ihre Tätigkeit durch zusätzliche Anstellung von Krankenschwestern. Für die ambulante Betagtenbetreuung ist eine voll ausgebildete Person vollamtlich tätig. Viele freiwillige Helfer und Helferinnen sind täglich unterwegs im Mahlzeitendienst und der persönlichen Betreuung. Dafür ist vielen Personen in unserem Lande herzlich zu danken. Der tägliche Einsatz und das grosse Verständnis vieler in diesem Sektor hauptberuflich Tätigen, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern bestärken die Hoffnung, dass das Verständnis für die Schwächeren in unserer Gesellschaft sich immer mehr verstärkt und in unserem Lande effektiv niemand allein sein muss.

Ich grüsse auf den morgigen Tag vor allem unsere Kranken, Leidenden, Älteren, Bedrängten, Alleinstehenden, Invaliden, Gebrechlichen, Waisen, Witwen, Witwer, Suchtabhängige und sonstwie vom Leben härter Betroffenen. Ich möchte ihnen allen symbolhaft eine Blume in die Hand drücken und damit neuen Mut zusprechen. Ich möchte ihnen aber auch danken, dass sie uns mit ihrem Lebensmut Kraft für den Alltag geben.

Gleichzeitig möchte ich alle in unserem Land aufrufen, unser gegenseitiges Verständnis nicht nur auf den morgigen Tag zu beschränken, sondern wir uns das ganze Jahr über bemühen, mehr für unsere bedrängten Mitmenschen zu tun. Oft kann schon ein kleines Zeichen grosse Freude auslösen, geben wir daher die Blumen zu Lebzeiten.

Emanuel Vogt, Präsident der Fortschrittlichen Bürgerpartei

Neue Abrüstungskonferenzen beginnen in Wien

Aussenminister eröffnen Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte

Wien (AP) Aussenminister aus Ost und West werden am kommenden Montag in Wien zwei neue internationale Konferenzen eröffnen, die der Abrüstung und Entspannung gewidmet sind. Die 23 Mitgliedsstaaten der NATO und des Warschauer Paktes nehmen die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) auf, und die Vertreter der 35 Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beginnen mit den Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen (VVSBM). Bei beiden Konferenzen ist nicht mit einem schnellen Erfolg zu rechnen. Sie

wurden auf der Anfang des Jahres in Wien beendeten KSZE-Folgekonferenz vereinbart. Der gastgebende österreichische Aussenminister Alois Mock sprach am Freitag zwar für die Foren «ausserordentlich guten» Rahmenbedingungen. Ein Konferenzabschluss innerhalb von zwei Jahren wäre jedoch eine «grosse Überraschung», sagte Mock.

Begleitet werden die Konferenzen von einer Reihe von Begegnungen der Aussenminister. Im Vordergrund steht dabei das erste Zusammentreffen des neuen amerikanischen Aussenministers James Baker mit seinem sowjetischen Kollegen Eduard Schewardnadse. Beide Minister

werden dabei Informationen zufolge auch ein ins Auge gefasstes Gipfeltreffen von Staats- und Parteichef Mikhail Gorbatschow mit dem neuen US-Präsidenten George Bush vorbereiten.

Nach Angaben aus diplomatischen Kreisen dürfte eines der Hauptthemen der bilateralen Gespräche am Rande der Konferenzen die Affäre um das umstrittene Buch «Satanische Verse» des britischen Schriftstellers Salman Rushdie sein. Es wurde nicht ausgeschlossen, dass Schewardnadse, der gerade Iran besucht hat, einen Vermittlungsvorschlag unterbreiten könnte.

KOMMENTAR

Unverdorren hämmert die Polit-Propaganda des VU-Managements seit Beginn des Wahlkampfes den Bürgerinnen und Bürgern ein, dass die VU die Aufstockung der staatlichen Finanzreserven auch in Zukunft fortsetzen werde. Gleichzeitig hat das Finanzjahr 1989 begonnen, das den Abbau von rund 30 Millionen Franken an Reserven vorsieht. Und in den nächsten Jahren soll gemäss dem von VU-Regierungschef Hans Brunhart vorgelegten und von der VU-Fraktion im Landtag mit grossem Lob bedachten Finanzplan ein weiterer, massiver Abbau der Reserven erfolgen. Dass die Kurve der staatlichen Reserven in den letzten Jahren nach oben zeigte, ist eine Tatsache, die jedoch – wie

Zweigleisig – doppelbödig

vielen andere auch – relativiert oder zumindest in einen grösseren Zusammenhang gestellt werden sollte.

Nach der Finanzplanung 1989 bis 1993 neigt sich, wie wohl kaum bestritten werden kann, die Reserve-Kurve steil nach unten. Zudem wird im Finanzplan mit keinem Wort angeführt, welche Massnahmen ergriffen werden sollen oder können, um den Reserve-Abbau wenigstens zu verlangsamen. Die Perspektiven für die nähere Zukunft sehen düster aus, wenn die Prognosen der Finanzplanung nur einiger-massen eintreffen. Doch gerade dies dürfte zutreffen, denn die Abweichungen von der Finanzplanung waren in den letzten Jahren, wie der Finanzminister immer mit Stolz verkündete, nur geringfügig. Am Ende der Planungsperiode stehen unserem Land, worauf der Finanzplan mit aller Deutlichkeit hinweist, Schulden ins Haus. Auf der einen Seite also das Budget 1989 und die Finanzplanung für die folgenden fünf Jahre, andererseits die VU-Wahlpropaganda, die genau das Gegenteil verkündet. Die VU fährt in der Finanzpolitik, wie auch in anderen Bereichen, auf zwei Gleisen. Zum einen werden die Informationen über den effektiven Stand der Dinge möglichst klein gehalten oder verschwiegen, zum anderen wird in Kenntnis der wirklichen Sachlage ein völlig anderes Bild vermittelt.

Was sollen die Bürger von einem Regierungschef halten, der in seiner Finanzplanung einen radikalen Abbau der Reserven vorsieht, auf Wahlinsinieren jedoch für «Reservebildung» einsteht? (G.M.)

Heute Muba-Beginn

Basel (spk) Heute öffnet die Schweizer Mustermesse in Basel zum 73. Mal ihre Tore. Die erste Muba unter der Ägide von Generaldirektor Philipp Lévy dauert bis zum 13. März und beherbergt in ihren Hallen auch wiederum die Natura, die Ausstellung für gesunde Lebensweise. Diese feiert das Jubiläum ihrer zehnten Durchführung.

An der Muba und der Natura präsentieren 1866 Aussteller auf 61 985 Quadratmetern Netto-Standfläche ihr vielfältiges Produkte- und Dienstleistungsangebot. Hauptthemen der Mustermesse sind Wohnen, Freizeit, Ernährung und Gesundheit, Mode, Technik sowie Kommunikation.

Rund zwei Dutzend Sonderschauen und zwölf Handelspartnerländer bereichern in diesem Jahr das rein kommerzielle Informationsangebot.

Zeichen der Zeit erkennen
Grundwerte erhalten
FBP

Wir brauchen einen Wechsel, wir brauchen eine Erneuerung, wir brauchen unverbrauchte Kräfte. Darum FBP.

EDELSTEINE FÜR IHRE AUGEN



federer
BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62 818

MACINTOSH... Ihre rechte Hand



BBB-CENTER
9495 Triesen
Tel. 075/299 11